

Gute Ideen ohne ausreichend Geld und Wille

Die Bildungspolitik kommt nicht vorwärts, weil ein Gesamtkonzept fehlt

Die Bremer Bildungspolitik steht seit Monaten in der Kritik. Es begann mit Stundenkürzungen an Bremer Schulen und setzt sich mit jährlichen Einsparungen im Bildungsbereich um 1,2 Prozent fort. Doch diese kleine Prozentzahl hat es in sich. Aus dem aufflammenden Widerstand gegen diese „Rotstift-Politik“ entwickelte sich ein Bündnis aus SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen, Gewerkschaft, AstA und anderen. Das „BBB“ (Bremer Bündnis für Bildung) kämpft nicht nur mehr gegen die Kürzungen, sondern für eine schrittweise Anhebung des Haushalts für den Bereich Bildung und Wissenschaft.

Warum überhaupt im Bildungsbereich gespart wird ist für viele nicht nachvollziehbar. Spätestens seit Pisa ist allseits bekannt und anerkannt, wie es tatsächlich um den Bildungsstandort Deutschland bestellt ist. Im internationalen Vergleich stehen wir schlecht da und national stellen wir auch fest, dass es enorme Unterschiede und Ungleichheiten gibt. Die Herkunft, das Elternhaus und das soziale Umfeld entscheiden über den Bildungserfolg eines Kindes. Wer beispielsweise in armen Verhältnissen aufwächst, kann kostenpflichtigen Nachhilfeunterricht oder bildungsfördernde Veranstaltungen außerhalb des Schulbereichs kaum besuchen. Bücher zum Schmökern fehlen im Haushalt und die Tageszeitung ist zu teuer. Diese ungleichen Chancen setzen sich bis zum Studium fort, wo während eines straff organisierten Lehrplans der Unterhalt für das eigene Leben verdient werden muss, so dass wenig Zeit für das Semester bleibt.



Protest gegen die Sparpolitik in Bremen gibt es schon seit Jahren, wie hier ... im Jahr 2000 bei einer Demo in Huchting. Foto: jt

Hinzu kommt das Problem der Trennung von schwachen und starken SchülerInnen in unterschiedliche Schulen und Schulsystemen, so dass Schwache und Starke jeweils unter sich bleiben und ein sich gegenseitig fördernder Austausch unterbleibt.

Lokale Versuche

In der Woltmershauser Schule „Roter Sand“ versucht man einen anderen Weg zu gehen. Dort wurde das System der „Oberschule“ eingeführt, nach dem der fünfte und sechste Jahrgang unterrichtet werden. Das gemeinsame Lernen steht im Mittelpunkt des Konzepts. Neben dem Regelunterricht gibt es Mittagessen sowie Freizeitangebote und Arbeitsgemeinschaften, die von der Astro-AG bis zum Skilanglauf reichen. SozialarbeiterInnen kümmern sich zusätzlich um die SchülerInnen. „Heute hat sich die Rolle des Lehrers eher zum Partner der Schüler gewandelt“, so der ehemalige Schulleiter Gerd Ahrends. Das Pustorfer Blatt schrieb damals (Ausgabe 3-2010, siehe auch den Artikel auf Seite 21 dieser Ausgabe):

„Diese Reform kommt zu einem Zeitpunkt, in dem sich auch die sozialen Verhältnisse verändern. Die Zunahme von Armut und von Alleinerziehenden, die bei Berufstätigkeit weniger Zeit für

die Hilfe und Kontrolle von Hausaufgaben sowie anderer Erziehungsaufgaben haben, erschweren es Schulen, gut gemeinte Ideen umzusetzen. Hinzu kommen fehlende vor allem finanzielle Rahmenbedingungen, die den Ausbau von Gruppen- und Rückzugsräume, wie sie beispielsweise bei der Inklusion erforderlich wären, verzögern. Auch eine Mensa wünscht sich die Schule, um das derzeitige Klassenzimmer mit angrenzendem Wintergarten, in dem an manchen Tagen 160 Essen ausgegeben werden, abzulösen.“

Der gute Wille und der Mut, etwas Neues aus zu probieren, ist also vorhanden - das gilt sicherlich für viele Schulen und BildungspolitikerInnen. Doch ihnen fehlt das Geld. Bezahlt werden müssten Renovierungen von Gebäuden, zusätzliche Stunden für LehrerInnen, ProfessorInnen und PädagogInnen, Ankauf von Unterrichtsmaterialien und vieles mehr. Hinzu kommen Ausgaben für Reformprojekte wie die Sprachförderung oder Inklusion, die nach Ansicht des BBB in Bremen „finanziell nicht ausreichend abgesichert“ sind.

Privilegien

In der Antwort der Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) auf die Proteste Bremer SchülerInnen und LehrerInnen heißt es: „Die gymnasialen Oberstufen sind hinsichtlich der Lehrerstundenzuweisung privilegiert gegenüber allen anderen Schulstufen.“ Aha, es geht also um Privilegien, die eine Schulform gegenüber einer anderen hat. Die Ungleichbehandlung und damit verbunden die Vernachlässigung steckt schon in dem Wort „Privileg“. Es ist natürlich richtig neuere Modelle und neue Erkenntnisse zu fördern, aber wenn das auf Kosten anderer geht, dann ist die Kritik derer, die nicht privilegiert werden oder wo die Privilegierung noch nicht angekommen ist, natürlich verständlich und darf nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Das Gefühl haben aber die Bremer ProtestiererInnen und sammeln jetzt Unterschriften und Hinweise, wo und in welcher Schule ganz konkret etwas schief läuft.

Hohe Ziele

Selbst wenn es eine Mindestversorgung gäbe, die dazu führt, dass sich SchülerInnen im Unterricht freiwillig und mit etwas Freude Wissen aneignen, so würde dieses Mindestmaß längst nicht ausreichen, um so hohe Ansprüche zu erfüllen, wie sie sich Deutschland als „Bildungsrepublik“ setzt.

Dieses Schlagwort der Bundeskanzlerin stand im Jahr 2008 beim Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern unter anderem für eine Steigerung der Bildungsausgaben auf 10% des Bruttoinlandsprodukts, den Ausbau der Kindertagesbetreuung, eine Halbierung der Quote der SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss und junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Erhöhung der Quote der StudienanfängerInnen und eine Steigerung der Weiterbildungsbeteiligungsquote. Doch auf die Finanzierung konnten sich der Bund und die Länder nicht einigen. So urteilt drei Jahre nach dem Gipfel der DGB, ver.di und GEW vernichtend: „Ob bei den zusätzlichen Milliarden für das Bildungswesen, dem Ausbau der Krippenplätze oder dem Senken der Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss und ohne abgeschlossene Ausbildung - die Fortschritte sind kaum messbar“, so heißt es in einer Pressemitteilung vom 19.10.2011. Schuld daran sei eine „verfehlte Steuerpolitik“, die den öffentlichen Haushalten die Handlungsspielräume und Investitionen in Bildung entziehe. „Gerechte Steuerpolitik geht anders, allein eine Vermögensteuer von nur einem Prozent würde dem Staat 20 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen. Bildung hat ihren Preis,

aber sie ist diesen Preis auch wert“, erklärte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Hemmender Föderalismus

Bei der Bildungspolitik kommt erschwerend hinzu, dass ein bildungspolitisches Gesamtkonzept in der Bundesrepublik fehlt und das im Gegenteil, jedes Bundesland seine eigenen Konzepte einbringt und auch wieder zurückzieht. Jede Landesregierung kann für sich entscheiden, welche Schulformen sie ausprobiert. Entsprechend bunt ist die Schulstruktur in Deutschland, so dass ein Schulwechsel über die Ländergrenze hinweg erschwert wird. Von den bürokratischen Kosten von 16 Bildungsministerien und bundesweit vergleichbaren Unterrichtsinhalten und Anerkennungen von erworbenen Qualifikationen ganz zu schweigen.

Von Verlässlichkeit darüber, ob ein Abschluss an einer bestimmten Schulform oder in einem bestimmten Bundesland später einmal dienlich oder hinderlich ist, kann nicht gesprochen werden. Das wäre ja auch nicht zu bemängeln, wenn die Abschlüsse aller Schulformen gleichwertig anerkannt würden. Aber was gilt schon heute und erst recht morgen als höher bewertete Eigenschaft, die eher zu einer Festeinstellung führt? Teamfähigkeit oder Einzelkämpfertum? Ideeneinbringer oder Duckmäuser? Wir wissen zwar, dass die jeweils erstgenannten Eigenschaften die erstrebenswerteren sind, aber gibt es dafür zukünftig auch Arbeit, die vernünftig bezahlt wird, so dass es mindestens ausreicht um selbst oder vielleicht mit Familie finanziell abgesichert zu sein? Was nützt also die beste Ausbildung ohne entsprechende Jobs?

Die Chancen irgendwann einmal eine angemessene Stelle in einem Beruf zu finden, den man auch erlernt hat, ist mit guten Noten natürlich wahrscheinlicher. Doch solange die Wirtschaft im Rahmen der Eurokrise oder anderer globaler Unwägbarkeiten taumelt, steht eigentlich fast jeder Arbeitsplatz unter Vorbehalt.

Systemfrage

Eine erfolgreiche Bildungspolitik kann nur bundesweit organisiert und finanziert werden! Sie muss sowohl den einzelnen Menschen und seine Möglichkeiten zur Entdeckung und Entfaltung seiner Fähigkeiten als auch allgemeinpolitische und wirtschaftliche Faktoren berücksichtigen. Sie muss auch mit einbeziehen, dass die Bildungspolitik Mängel und Versäumnisse ausgleichen muss, die möglicherweise durch andere Prägungen im Elternhaus oder im sozialen Umfeld entstanden sind - sofern es dafür keine anderen Angebote gibt. Daher ist die Bildung eine Systemfrage: Steht der Mensch oder der Profit im Zentrum aller Entscheidungen?

Die Länderregierungen, die weiterhin auf ihr föderales Bildungsrecht bestehen, glauben offenbar nicht daran, dass selbstbewusste und solidarische Menschen das Arbeitsleben der Zukunft bestimmen werden. Sie wollen lieber einfache FabrikarbeiterInnen, die für den Weltmarkt in Massen produzieren und die wenig kosten. Wer da nicht reinpasst, wird vom Staat, also vom Steuerzahler, aus- und ruhiggehalten. Auf diese Entwicklung läuft es zumindest hinaus, wenn im Bildungsetat weiter gestrichen wird und jedes Land seine eigene Bildungsaufgaben bestimmen kann. Denn alles, was mit dem Begriff „zen-

tral“ zusammenhängt, scheuen die VertreterInnen der „freien Marktwirtschaft“ und des Föderalismus wie der Teufel das Weihwasser. Sie fürchten die Einführung von sozialistischen Elementen. Dabei war es doch die CDU, die der „Rettung“ und Verstaatlichung von Banken zustimmte und die den Begriff „systemrelevant“ dafür entdeckte. „Systemrelevant“ ist aber auch die Bildung - das Rettungspaket fehlt aber noch und es soll wohl auch nicht kommen.

Auslese

Denn durch Unterfinanzierung lässt sich eine soziale Auslese betreiben, die sich heute durch den jahrzehntelangen Druck der Bildungsreformer nicht mehr so einfach wie früher bewerkstelligen lässt. Und diese Auslese, dieser Klassenkampf von oben, funktioniert!

Beispielsweise bei der Entwicklung der Einkommen. Die Ergebnisse einer aktuellen OECD-Studie vom Dezember 2011 zeigen, dass die Kluft zwischen Armen und Reichen immer größer wird. „In Deutschland ist die Einkommensungleichheit seit 1990 erheblich stärker gewachsen als in den meisten anderen OECD-Ländern. [] Mit durchschnittlich 57.300 Euro verdienen die obersten zehn Prozent der deutschen Einkommensbezieher im Jahr 2008 etwa achtmal so viel wie die untersten zehn Prozent (7400 Euro). In den 90ern lag das Verhältnis noch bei 6 zu 1, [] Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich geht vor allem auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter zurück.“ (siehe unter www.oecd.org/berlin)

Wenn es also eine generelle zumindest faktische Tendenz gibt, die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher zu halten, dann darf man sich über Einschnitte im Bildungsbereich gar nicht wundern. Viele schreien nach mehr Geldmittel für die Bildung, gewähren sie aber nicht oder knicken vor Finanzsenatoren oder vor dem Bundesfinanzminister ein. Das diese sich halten können und Sparkonzepte in Regierungs- und Parteigremien mehrheitlich beschlossen werden zeigt, dass in der herrschenden Politik die sozialen Folgen der Kürzungen billigend in Kauf genommen wenn nicht sogar bewusst veranlasst werden.

jt



... und andere im Jahr 2004 bei einer Demo in der Neustadt. Foto: jt

**Die Druckerei Gogo Layout
dankt ihren Anzeigenkunden für ihre Treue zum
Pusdorfer Blatt und wünscht Ihnen ein besinnliches
Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!**